

Estonische Position zum Ausnahmeverfahren für die Nord Stream I Rohrleitung

Gemäß der Richtlinie (EU) 2019/692, Artikel 49a, kann eine Ausnahmeregelung für die Erfüllung der Artikel 9, 10, 11, 32, 41 (6), 41 (8) und 41 (10) auf eine Rohrleitung zwischen dem Mitgliedstaat und ein Drittland, falls die Rohrleitung vor dem 23. Mai 2019 fertiggestellt ist. Während des Verfahrens eines solchen Ausnahmeantrags muss der betreffende Mitgliedstaat die betreffenden Mitgliedstaaten konsultieren.

Am 23. Dezember 2019 legte die Deutsche Bundesnetzagentur die entsprechenden Argumente zur Anwendung einer Ausnahmeregelung für die Nord Stream I Rohrleitung vor. Das Ausnahmeverfahrensverfahren wurde durch das entsprechende Antragsformular der Nord Stream AG eingeleitet. Gemäß dem Antrag der Nord Stream AG sollte die Ausnahmeregelung aufgrund des Wiederherstellungsbedarfs für die getätigten Investitionen und aus Sicherheitsgründen gelten.

Das Ministerium für Wirtschaft und Kommunikation als zuständige Behörde im Sinne der Richtlinie (EU) 2019/694 stimmt der Argumentation der Nord Stream AG nicht vollständig zu. Obwohl die Richtlinie die Gewährung von Ausnahmeregelungen für bestehende Rohrleitung vorsieht, sollte dies nur als letztes Mittel auf der Grundlage begründeter Überlegungen und der absoluten Notwendigkeit erfolgen. Es ist zu berücksichtigen, dass Ausnahmeregelungen sich nachteilig auf das effektive Funktionieren des Binnenmarktes auswirken. Die Argumentation der Antragsteller zum Kriterium der Fertigstellung der Nord Stream 1 Rohrleitung vor dem 23. Mai 2019 entspricht nicht der Richtlinie (EU) 2019/694. Aus unserer Sicht ist es falsch zu behaupten, dass sich die Frist für den Bau der betreffenden Rohrleitung auf den Teil der Rohrleitung bezieht, der sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland befindet. Die in der Richtlinie festgelegte Frist gilt für die gesamte Länge der Pipeline vom Drittland bis zum Landepunkt im betreffenden Mitgliedstaat. Andernfalls würde die Ausnahmeregelung nur auf einen geringfügigen Teil der Rohrleitung festgelegt, während der Rest einer gewissen Unsicherheit in Bezug auf die Regulierung unterliegt. Dies ist jedoch keine wirksame Umsetzung der Richtlinie.

Vor diesem Hintergrund fordert das estnische Ministerium für Wirtschaft und Kommunikation die Bundesnetzagentur nachdrücklich auf, die Grundsätze der Richtlinie (EU) 2019/694 zu befolgen und die gesamte Nord Stream I Rohrleitung zu berücksichtigen, während sie über die Ausnahmeregelung der Nord Stream AG entscheidet.